

KONZENTRATION UND ERNEUERUNG
Regierungserklärung
von Ministerpräsident Wolfgang Clement,
gehalten am 17. Juni 1998
vor dem Landtag von Nordrhein-Westfalen

I.

Sie, die Mitglieder des Landtags, haben mich am 27. Mai 1998 mit Mehrheit zum Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen gewählt.

Ich werde alles tun, was in meinen Kräften steht, das Vertrauen zu rechtfertigen und den Auftrag zu erfüllen, der mir damit für unser Land Nordrhein-Westfalen übertragen worden ist.

Dazu setze ich auf die Zusammenarbeit mit den beiden Fraktionen, die auch die neue, von mir geführte Landesregierung tragen.

Die Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion bitte ich um konstruktive Kritik und den Ansporn, der aus Konkurrenz erwächst.

II.

Die Wählerinnen und Wähler in Nordrhein-Westfalen haben die Koalition mit einem klaren Regierungsauftrag ausgestattet.

Der Koalitionsvertrag ist unverändert die Grundlage für unsere Zusammenarbeit.

Auch für die neue Landesregierung gilt die Regierungserklärung, die Ministerpräsident Johannes Rau am 13. September 1995 vor diesem Landtag abgegeben hat. Ich möchte gerne die Gelegenheit nutzen, meine sehr verehrten Damen und Herren, auch vor Ihnen, vor dem Hohen Haus, meinem Vorgänger Johannes Rau noch einmal meinen Dank und meinen tiefen Respekt vor seiner Leistung für dieses Land in zwanzig Jahren als Ministerpräsident auszusprechen, ihm zu danken für seine Arbeit, die unser Land tief geprägt haben.

Aus der Regierungserklärung von Ministerpräsident Johannes Rau, auf die wir unsere Arbeit weiterhin stützen, ergeben sich für die verbleibenden zwei Jahre der Legislaturperiode politische Schwerpunkte, auf die ich heute näher eingehen will.

Zusätzlich stellen uns die Lage der öffentlichen Finanzen und der tiefgreifende wirtschaftliche Strukturwandel vor schwierige und teilweise auch schmerzhaft Entscheidungen. Die Tiefe der Veränderungen mit denen wir zu tun haben, ist nach meinem Eindruck noch nicht überall in vollem Umfang erkannt.

Wir werden deshalb auch Entscheidungen treffen müssen, die nicht oder nicht auf den ersten Blick Zustimmung finden. Wir werden diese Entscheidungen gemeinsam treffen und gemeinsam verantworten.

Wir tun das in dem Bewußtsein, daß es ein Privileg ist, unser Land in das 21. Jahrhundert führen zu dürfen. Wir wollen die Menschen in unserem Land durch erstklassige Antworten auf die neuen Herausforderungen überzeugen; wir wollen sie gewinnen, aktiv und zuversichtlich mit dem umzugehen, was uns allen abverlangt wird.

Wir wollen eine Politik in der Reichweite der Bürgerinnen und Bürger. Auf ihr Vertrauen, auf ihr Engagement sind wir angewiesen.

Ich werbe ausdrücklich um dieses bürgerschaftliche Engagement.

Es kommt heute mehr denn je darauf an, Verantwortung nicht nur für sich selbst, sondern auch für andere zu übernehmen.

Es kommt heute mehr denn je darauf an, in unserem Gemeinwesen Bürgersinn und Hilfsbereitschaft zu stärken und die Gemeinschaft da zu entlasten, wo der einzelne besser, persönlicher und wirksamer helfen kann.

Deshalb danke ich den Frauen und Männern, die sich engagieren: im Sport, in Vereinen, in den Gewerkschaften und Kirchen, in Initiativen und Parteien, in den Kindergärten und Schulen, in den Feuerwehren, Krankenhäusern, Altenheimen und in den zahllosen Hilfsorganisationen – ihnen allen möchte ich am heutigen Tag danken für ihren gelebten Gemeinsinn.

Dieser Gemeinsinn ist wichtig. Er ist ein Anknüpfungspunkt für unsere Politik.

Wir wollen im doppelten Sinne sensibel sein:

Beim Aufspüren neuer, zukunftsweisender Ideen und innovativer Konzepte und beim Werben um Mehrheiten, damit diese Ideen und Konzepte Wirklichkeit werden können.

Wir wollen zeigen, daß Modernität und Gerechtigkeit zusammengehören – auch unter den Bedingungen einer globalen Wirtschaft und der Europäisierung der Politik.

Wir wollen Nordrhein-Westfalen zu einer vorbildlichen europäischen Region für ökonomischen und ökologischen Fortschritt und für soziale Verantwortung, für Liberalität und Toleranz machen.

Das ist unser Ziel und das ist uns Ansporn.

Das ist eine Aufgabe, die begeistert, die spannend ist wie keine andere und die von uns Kreativität, Können und Konsequenz erfordert.

Die Menschen sehen, daß sich die Welt rapide verändert. Die Internationalisierung der Wirtschaft eilt der Politik nach meiner Wahrnehmung weit voraus. Grenzen sind gefallen, Märkte wachsen zusammen. Selbst vor der D-Mark machen die Veränderungen nicht halt.

Dieser Wandel löst bei vielen Menschen Verunsicherung aus. Sie wissen, daß wir uns diesem Wandel nicht entziehen können und daß es Veränderungen in fast allen Lebensbereichen gibt oder noch geben wird. Sie wissen, daß die Verwirklichung von Gerechtigkeit und Chancengleichheit neue Antworten erfordert.

Aber sie wollen keine radikalen Brüche.

Sie wollen Verlässlichkeit auch in einer Welt raschen Wandels. Sie erwarten von uns, daß wir diesen Wandel gestalten, daß die Chancen Wirklichkeit werden, die diese Veränderungen einem so hochentwickelten Land wie Nordrhein-Westfalen bieten.

Sie wollen auch morgen ein Nordrhein-Westfalen, das modern ist und in dem es gerecht und sozial zugeht.

Die Bürgerinnen und Bürger erwarten klare, nachvollziehbare Entscheidungen und politische Führung. Mit dieser Landesregierung wird es, wie zuvor, keine Brüche im sozialen Gefüge geben. Wir lassen die Menschen im Strukturwandel nicht allein – auch dann nicht, wenn wir das Tempo der Modernisierung steigern müssen.

Ökonomische und ökologische Modernisierung und soziale Gerechtigkeit bleiben auch weiterhin die Maxime unserer Politik.

Es geht darum, die Werte und Eigenschaften, die unserem Land ein unverwechselbares Profil geben, zu erhalten und zugleich dem hohen Tempo gerecht zu werden, mit dem sich die Welt um uns herum verändert.

Aus alten Stärken neue Chancen zu gewinnen, mit einem Wort Kontinuität und Erneuerung – das ist es, worauf es in diesen Zeiten des raschen Wandels ankommt. Ich füge hinzu:

Wir werden diesen Wandel nur meistern durch eine Konzentration der Kräfte und durch Konsequenz in den Entscheidungen.

III.

Die finanziellen Handlungsspielräume des Landes sind enger als je zuvor. Das ist nicht nur eine Folge der schwachen Konjunktur in den vergangenen Jahren. Das ist vor allem eine Folge einer Bonner Politik, die konzeptionslos ist.

Von Steuerschätzung zu Steuerschätzung haben wir die Einnahmeerwartungen des Landes nach unten korrigieren müssen. Gegenüber den Planungen zu Beginn dieser Legislaturperiode, also 1995, hat Nordrhein-Westfalen bis 1998 Steuermindereinnahmen von 15,9 Milliarden DM und Mehrbelastungen im

Finanzausgleich von 4,7 Milliarden DM hinnehmen müssen – zusammen also einen Fehlbetrag von mehr als 20 Milliarden DM.

Vieles, was politisch sinnvoll und wünschenswert wäre, können und dürfen wir uns nicht mehr leisten. Die Situation der Landesfinanzen zwingt zu Kürzungen und zu schmerzhaften Einschnitten im Haushalt. Wir müssen versuchen, mehr Reformen fürs Geld verwirklichen, statt auf mehr Geld für Reformen zu warten.

Das gilt selbstverständlich bis in die Spitze der Regierungsarbeit hinein. Nur dann haben wir die Glaubwürdigkeit, Einschränkungen auch von den Bürgerinnen und Bürgern zu verlangen.

Ich zitiere dazu die Professoren Ellwein und Hesse aus ihrem Gutachten zur "Staatsreform in Deutschland – das Beispiel Hessen":

"Alle Beteiligten müssen wissen und wissen es auch, daß das Scheitern der Verwaltungsreform in Deutschland so lange anhalten wird, solange man sich nicht um eine Regierungs- und Verwaltungsreform bemüht und die Arbeit bei der Regierung beginnt." Und sie sagen weiter: "Wer von Staatsvereinfachung redet und nicht auf der obersten Ebene anfängt, will sie in Wahrheit nicht."

Regierung und Verwaltung müssen auf ihre wichtigsten Aufgaben zurückgeführt, Aufgaben- und Finanzverantwortung müssen stärker zusammengebracht werden.

Eine solche Konzentration der Regierungsarbeit bedeutet aber nicht Verzicht auf politische Gestaltung. Konzentration bedeutet, durch intelligente Vernetzung neue Handlungsspielräume zu gewinnen und neue Aufgaben schneller und zielgenauer erledigen zu können.

Deshalb habe ich die Struktur der Landesregierung geändert. Deshalb habe ich aber auch allen Anlaß, mich bei den Kolleginnen und Kollegen zu bedanken, die der vorherigen Landesregierung angehört haben und die der jetzigen nicht mehr angehören werden.

Ich möchte mich ausdrücklich bedanken bei meiner Kollegin, Frau Anke Brunn, die über viele Jahre – nicht nur in Nordrhein-Westfalen – lange und erfolgreich Verantwortung für Wissenschaft und Forschung getragen hat.

Ich danke Frau Kollegin Ilse Ridder-Melchers, die in den vergangenen zwölf Jahren der Gleichstellungspolitik in unserem Land zu hohem Ansehen verholfen hat.

Ich danke Herrn Kollegen Franz-Josef Kniola, der als Verkehrsminister und Innenminister großartige Arbeit für unser Land geleistet hat, und dem ich für seine Entscheidung hohen Respekt zolle.

Ich danke Herrn Kollegen Axel Horstmann, der in den vergangenen gut zwei Jahren dicke Brocken vor der Brust gehabt hat, und sie mit aller Kraft in den Feldern eingeleitet hat, in denen er Verantwortung getragen hat.

Ich danke meinem Kollegen Manfred Dammeyer, der insbesondere in europäischen Fragen, ganz besonders als Präsident des Ausschusses der Regionen, das ganze Gewicht unseres Landes zur Geltung gebracht hat.

Ich habe die Struktur der Landesregierung geändert, um Spielraum zu gewinnen, und ich habe die Ministerien so zugeschnitten, daß sie die Zukunftsfragen integriert bearbeiten können, möglichst ohne allzu große Reibungsverluste und langwierige Koordination. Das dient der Effizienz staatlichen Handelns. Eine entscheidende Investition für die Zukunft und eine Antwort auf die soziale Frage des 21. Jahrhunderts ist die Qualifizierung.

Wir müssen die Menschen befähigen und qualifizieren, aktiv und in eigener Verantwortung die Umbrüche und Neuerungen zu meistern, die auf sie zukommen.

Deshalb müssen die Strukturen von Bildung und Wissenschaft besser aufeinander abgestimmt werden. Bildung und Wissenschaft und Forschung gehören in eine Hand.

Darum habe ich ein Ministerium für Schule und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung gebildet.

Wir müssen gerade in Zeiten wirtschaftlichen Wandels und gesellschaftlicher Umbrüche den sozialen Zusammenhalt in den Städten und Gemeinden stärken – sowohl durch die Schaffung von Arbeitsplätzen als

auch durch die Unterstützung bürgerschaftlichen Engagements im sozialen und im kulturellen Bereich. Es geht darum, die Stadt als Wirtschaftsraum und Lebensort zu stärken.

Deshalb habe ich das Ministerium für Stadtentwicklung, Kultur und Sport um die Aufgabenfelder Arbeit und Soziales erweitert.

Ich habe das Justiz- und das Innenministerium zu einem Ressort zusammengefaßt. Das ist einzigartig in Deutschland. Das wird das starke Ressort für die Verwaltungsreform in Nordrhein-Westfalen.

Selbstverständlich bleibt dadurch die Unabhängigkeit der Rechtsprechung gewährleistet.

Die Selbständigkeit der jeweiligen Organisationen von Staatsanwaltschaft und Polizei und ihre teilweise unterschiedlichen und eigenständigen Aufgaben sind historisch begründet, rechtlich garantiert und bleiben selbstverständlich auch künftig erhalten.

Die tatsächliche Gleichberechtigung von Frau und Mann bleibt Leitbild unserer Politik. Deshalb habe ich das Gleichstellungsministerium erweitert und es mit zusätzlichen Aufgaben und Verantwortung für die Familien-, Jugend- und Gesundheitspolitik ausgestattet.

Die beruflichen Entfaltungsmöglichkeiten von Frauen hängen nicht zuletzt – und immer noch – in hohem Maße davon ab, daß es eine gut ausgebaute Struktur der Kinderbetreuung in Kindergärten und Schulen gibt.

Im Interesse der Kinder und der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf haben wir in Nordrhein-Westfalen die Versorgung mit Kindergartenplätzen deutlich verbessert und allein in den letzten zwei Jahren rund 50.000 neue Plätze geschaffen.

Während wir im Kindergarten den Rechtsanspruch auf Betreuung eingelöst haben, ist die Versorgung mit Krippen- und Hortplätzen noch unzureichend. Deshalb wird es in diesem Bereich trotz der schwierigen Haushaltslage keine Kürzungen geben.

Das Land, die Kommunen und die Träger sind allerdings an die Grenzen ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit geraten. Es muß jetzt darum gehen, die vorhandenen Mittel effektiver und den Bedürfnissen von Eltern und Kindern entsprechend einzusetzen.

Prägende Entscheidungen über die Zukunft unseres Landes werden immer häufiger auf europäischer Ebene in Brüssel getroffen.

Wir wollen stärkeren Einfluß auf die europäische Politik der Länder nehmen. Dazu werden wir in Brüssel mit klaren Zielvorstellungen und Strategien antreten.

Die europäische Politik ist von übergeordneter, strategischer Bedeutung für unser Land. Darum werde ich mit der Staatskanzlei die Vertretung der Interessen Nordrhein-Westfalens im Bund und auf der europäischen Ebene wahrnehmen.

IV.

Wir werden bei der neuen Struktur der Landesregierung, bei der Bündelung und Straffung ihrer Aufgaben, bei der Neuordnung von Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten nicht stehen bleiben.

Sie sind nur der erste Schritt auf dem Weg zu einer umfassenden Reform von Regierung und Verwaltung. Dort, wo die öffentliche Hand Aufgaben selbst wahrnimmt, muß das Subsidiaritätsprinzip beachtet werden.

Wir wollen eine starke kommunale Selbstverwaltung. Wir ermuntern die Städte und Gemeinden ausdrücklich zur regionalen Zusammenarbeit. Nur wenn eine Aufgabe von der Kommune oder in kommunaler und regionaler Kooperation nicht zufriedenstellend wahrgenommen werden kann, stellt sich überhaupt die Frage nach einer Aufgabenerfüllung durch das Land.

Es gibt originär staatliche Aufgaben, die einer Privatisierung nicht zugänglich sind. Wir müssen uns darüber hinaus aber in jedem Fall fragen, was die öffentliche Hand selbst tun muß und was Private besser leisten können.

Dort, wo es eine ausreichende Versorgung durch Private und funktionierenden Wettbewerb gibt, werden wir prüfen, ob wir auf die Tätigkeit der öffentlichen Hand ganz verzichten können.

Ich habe deshalb die Kolleginnen und Kollegen im Kabinett gebeten, mir im Laufe dieses Jahres Vorschläge zu machen für die Privatisierung von Einrichtungen aus ihrem jeweiligen Geschäftsbereich oder für eine konsequente Straffung und Bündelung von Aufgaben.

Wir werden den Weg der Aufgabenkritik konsequent fortsetzen. Dazu gehört die Vereinfachung und Beschleunigung staatlicher Verfahren, insbesondere von Genehmigungsverfahren. Durch eine Novellierung der Landesbauordnung werden wir baurechtliche Verfahren weiter vereinfachen und beschleunigen.

Auch die Landesverwaltung insgesamt muß sich weiterhin aufgabenkritischer Bewertung stellen und der Lage der öffentlichen Finanzen noch stärker als bisher Rechnung tragen.

Bereits die bisherige Landesregierung hatte beschlossen, daß in der Landesverwaltung 22.000 Stellen abgebaut werden sollen.

Auch die neue Landesregierung wird hieran nicht vorbeikommen. Wir werden dafür Sorge tragen, daß dieser Abbau von Stellen und Arbeitsplätzen auch in Zukunft sozialverträglich vonstatten geht. Aber wir werden den vorgesehenen Personalabbau in der Landesverwaltung beschleunigen müssen.

Wir werden auch die Struktur der Gehälter und Vergütungen im Landesdienst der öffentlichen Finanzlage anpassen müssen.

Wir werden die Ministerialzulage in mehreren Schritten abbauen, beginnend im nächsten Jahr mit einem Volumen von 1,3 Millionen DM, Jahr für Jahr ansteigend auf insgesamt ein Volumen von 16 Millionen DM, und wir werden die persönlichen Dienstaufwandsentschädigungen streichen.

Zur Verminderung der Beihilfeausgaben des Landes werden wir eine sozial gestaffelte

Kostendämpfungspauschale einführen. Geringe Einkommen werden davon freigestellt bleiben. Mittlere Einkommen werden mit 200 DM im Jahr belastet, und die Belastungen steigen dann weiter stufenweise an. Bei den Spitzenpositionen ab Besoldungsgruppe B 8 soll die pauschale Eigenbeteiligung 1.000 DM im Jahr betragen. Das gilt beispielsweise für Regierungspräsidenten, Staatssekretäre und Minister.

Die Bezüge und die Versorgung der Mitglieder der Landesregierung werden erneut kritisch erörtert und parlamentarisch debattiert. Wir werden uns, auch als Mitglieder der Landesregierung, an dieser Debatte in aller Offenheit und Klarheit beteiligen.

Wir treten für Regelungen ein, die in allen Aspekten verständlich und transparent sind und die jedem Vergleich mit den entsprechenden Regelungen im Bund und den anderen Ländern standhalten.

Ich habe deshalb die Absicht, bei dem nächsten Zusammentreffen mit den Regierungschefs der Länder am 9. Juli dafür zu werben, diese Frage, die sich nicht nur hier bei uns in Nordrhein-Westfalen stellt, gemeinsam und nach gleichen Maßstäben zu beantworten.

Ich werde dabei Wert darauf legen, daß berechtigtes Vertrauen von Mitgliedern der Landesregierung in erworbene Rechte geschützt wird.

Konsequent sein heißt auch, das Vermögensmanagement des Landes zu überprüfen und stille Reserven zu aktivieren.

Der Umzug der Staatskanzlei in das Düsseldorfer "Stadttor" ist ein erster Schritt. Wir werden so rasch wie möglich ein zentrales, betriebswirtschaftlich orientiertes Immobilienmanagement aufbauen.

In den nächsten zwei Jahren werden wir die Voraussetzungen dafür schaffen, die Bauverwaltung und das Liegenschaftsvermögen des Landes zu einer flexibel am Markt arbeitenden Organisation zusammenzufassen. Diese Organisation, die flexibel am Markt arbeitet, wird als Dienstleister die Unterbringung der Landesverwaltung sicherstellen, nicht mehr benötigte Grundstücke vermarkten und dazu beitragen, den Ressourcenverbrauch zu senken.

Wir werden das Beteiligungs- und Liegenschaftsvermögen künftig stärker für die Finanzierung von Investitionen in Sicherheit, in Bildung und in Gesundheit nutzen, weil dies für die Zukunft unseres Landes wichtig ist. Wir werden damit auch einen Beitrag zur Entlastung des Landeshaushalts leisten.

In öffentlichen Gebäuden gibt es zudem ein hohes Energiesparpotential – das lernt man auch, wenn man sich das "Stadttor" anschaut –, das wir wegen fehlender Investitionsmittel nicht oder nur unzureichend

ausschöpfen können. Wir können aber diese Investitionen mit Contracting, also über die Senkung der künftigen Verbrauchskosten, finanzieren. Das werden wir im Bereich der landeseigenen Liegenschaften auf breiter Basis umsetzen und so ein Vorbild für private Bauherren geben.

Regierungs- und Verwaltungsreform ist kein Selbstzweck, sondern ein Gebot praktischer Vernunft.

Sie hat ein klares Ziel:

Sie dient der stetigen Verbesserung der öffentlichen Dienstleistungen. Sie schafft damit auch mehr Lebensqualität für die Bürgerinnen und Bürger.

V.

Zur Lebensqualität gehört an vorderster Stelle, sicher leben zu können. Wichtigste Voraussetzung dafür sind vitale Städte.

Die Menschen in Nordrhein-Westfalen leben heute in den sichersten Großstädten des Bundesgebiets:

- o Von den zehn Großstädten in Deutschland mit der geringsten Kriminalitätsbelastung liegen allein acht in Nordrhein-Westfalen.
- o Und umgekehrt ist von den zehn deutschen Städten mit der höchsten Kriminalitätsbelastung keine einzige in Nordrhein-Westfalen.

Diese Hinweise sagen mehr über das Thema Innere Sicherheit als manche polemische Diskussion, die ich dazu höre.

Das ist auch ein Beleg für die erfolgreiche Arbeit unserer Polizei und der Strafverfolgungsbehörden. Den Beamtinnen und Beamten möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich danken.

Die Ursachen von Kriminalität zu bekämpfen und die Polizeiarbeit zu stärken, das sind allerdings nur zwei Aspekte unserer vorbeugenden Sicherheitspolitik.

Dazu gehören auch

- o eine schnelle und effektive Strafverfolgung,
- o zügige, rechtsstaatliche Verfahren,
- o eine wirksame Strafvollstreckung und
- o wirksame soziale Dienste.

Alle, die auf die Sicherheit des privaten und des öffentlichen Lebens verpflichtet sind, und alle, die daran interessiert sind, können in Ordnungspartnerschaften daran mitwirken.

Große Sorgen bereitet uns die bundesweit zu verzeichnende Überbelegung in unseren Vollzugsanstalten. Deshalb müssen wir die Haftkapazitäten in unserem Land auch mit unkonventionellen Mitteln ausbauen. Deshalb wollen wir, wo sinnvoll möglich, die Alternativen zum Freiheitsentzug erweitern, ohne Abstriche bei der Sicherheit zu machen.

Gestatten Sie mir in diesem Zusammenhang auch einige wenige Bemerkungen zur Situation im Maßregelvollzug:

Es entspricht guter Tradition, die Arbeit eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses nicht von Seiten der Regierung zu kommentieren.

Aber die Bürgerinnen und Bürger erwarten, daß wir jetzt handeln.

Selbstverständlich ist es richtig, daß erfolgreiche Therapie und Sicherheit korrespondieren. Aber es ist klar: Die Sicherheit der Bevölkerung und des betreuenden Personals dürfen zu keinem Zeitpunkt außer Acht geraten.

Es darf nicht sein, daß jemand, den die Justiz in den Maßregelvollzug eingewiesen hat, auf freien Fuß gesetzt wird – und das nur, weil Therapieplätze nicht in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen.

Ich sage deshalb: Die Schaffung notwendiger zusätzlicher Plätze wird auch in Zukunft wie in der Vergangenheit nicht an fehlender finanzieller Unterstützung durch das Land scheitern.

Und ich füge hinzu:

Bis zur endgültigen Übernahme muß die Unterbringung der Eingewiesenen notfalls übergangsweise in geeigneten, sicheren Räumen und Gebäuden vorgenommen werden.

Wir alle wissen, daß wir mehr Forensik-Plätze und mehr Standorte für forensische Kliniken brauchen. Ich bitte deshalb alle, die sich um das Gemeinwohl sorgen, sehr eindringlich und ich bitte alle, die in Kirchen, in Städten und Gemeinden unseres Landes Verantwortung tragen, alle, die sich um das Gemeinwohl sorgen, uns bei dieser Aufgabe zu unterstützen.

Es geht, wenn wir um den Maßregelvollzug ringen, um die Unterbringung kranker, behandlungsbedürftiger Menschen. Es geht zugleich um die Sicherheit der Bevölkerung.

Dieses Thema taugt nicht zur politischen Polemik und nicht zu vordergründigen Auseinandersetzungen.

Ich werbe darum, dieses Thema, ungeachtet aller sonstigen notwendigen Diskussionen, aus der politischen Polemik herauszuhalten und uns zu unterstützen in der Aufgabe, die wir haben und der wir uns stellen.

VI.

Wir führen unser Land in das 21. Jahrhundert. Wir gehen den einzigen Weg, der in einer hochentwickelten industriellen Dienstleistungsgesellschaft Erfolg verspricht:

- o den Weg konsequenter Innovation,
- o den Weg erstklassiger Qualifikation,
- o den Weg der Modernisierung unserer Infrastruktur
- o und der Nachhaltigkeit und des vorbildlichen Ressourceneinsatzes.

Wir werden Innovationen auf allen Ebenen voranbringen, um die Arbeitslosigkeit abzubauen und möglichst viele attraktive Arbeitsplätze zu schaffen.

Das ist unser allererstes Ziel.

An der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen wird sich unsere Politik, werde auch ich mich messen lassen.

Wir werden auch in Zukunft die wirtschaftliche Modernisierung vorantreiben und den Strukturwandel offensiv begleiten. Wir werden das gemeinsam mit Unternehmern und Betriebsräten tun, mit Gewerkschaften und Wirtschaftsverbänden, mit Wissenschaftlern und den Verantwortlichen in Verwaltung und Kommunen.

Wir wissen, daß die Sicherung von Arbeitsplätzen und Wettbewerbsfähigkeit wesentlich von der Innovationskraft in der Industrie und im Dienstleistungssektor abhängt.

Auch der Bausektor kann und muß hierzu einen Beitrag leisten.

Wir werden weiterhin Haushalte, die sich nicht selbst im Markt versorgen können, zu angemessenem Wohnraum verhelfen. Dabei werden wir den Schwerpunkt vom Neubau stärker auf Erhaltung und Sanierung verlagern. Beim Neubau wie im Bestand ist es unser Ziel, Innovationen anzustoßen und dazu beizutragen, daß die Bauwirtschaft ihre Wettbewerbsfähigkeit behält, gewinnt und sichert.

Von unserem Land müssen starke Impulse für die Welt und die Märkte von morgen ausgehen:

- o Impulse für einen besseren Schutz von Klima und Umwelt,
- o Impulse für eine rationelle und sichere Energiegewinnung und -verwendung;
- o Impulse für medizinischen Fortschritt und Gesundheitsprävention;
- o Impulse für die Mobilität und den Verkehr von morgen und
- o Impulse für kulturelle Innovation und multimediale Kommunikation.

Auf die Märkte von morgen zu setzen, das heißt auch, auf die Unternehmerinnen und Unternehmer von morgen zu setzen.

Das tun wir mit unserer Gründungs-Offensive "GO!".

In den vergangenen beiden Jahren haben die Neugründungen in Nordrhein-Westfalen Rekordhöhen erreicht.

Das bedeutet: mehr Unternehmen, mehr Arbeitsplätze, mehr Ideen und mehr Innovationen.

”GO!” ist zum Markenzeichen für den erfolgreichen Aufbruch in Nordrhein-Westfalen geworden. Es bleibt unser Ziel, unser Land zur ersten Adresse für Menschen zu machen, die den Aufbruch wagen wollen. Für Menschen, die sich selbständig machen und ihre Chancen nutzen wollen.

Wir haben die Startchancen für Neugründungen verbessert und unternehmerische Selbständigkeit in Nordrhein-Westfalen aufgewertet. Das ist erfolgreiche Wirtschaftspolitik!

Das ist eine Wirtschaftspolitik, an der sich auch die amtierende Bundesregierung ein Beispiel nehmen könnte.

Nirgends, auf keinem Feld, meine Damen und Herren, fällt die wirtschaftspolitische Bilanz der amtierenden Bundesregierung nach 16 Jahren in Bonn magerer aus als auf dem Felde des Mittelstands, des Handwerks und der kleinen und mittleren Unternehmen.

Es ist schon so, und so entspricht es auch der Wahrnehmung der Mehrheit der Menschen, daß diese Bundesregierung im Zuge der Globalisierung kein Konzept für die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen gefunden hat. Sie hat den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit offensichtlich verloren gegeben.

Wir brauchen endlich auch auf der Bundesebene wieder eine Politik, die die Beschäftigungswirksamkeit an die Spitze aller politischen Aufgaben stellt.

Natürlich kann die Arbeitsmarktpolitik eines Landes die Versäumnisse des Bundes nicht ausgleichen. Aber wir können wirksame Beiträge leisten zum Abbau der Arbeitslosigkeit, wenn wir unsere Mittel konzentriert, effizient und flexibel einsetzen.

Unverzichtbar für Nordrhein-Westfalen sind dabei auch in den nächsten Jahren unsere gemeinsamen Programme mit der Europäischen Union. Wir werden deshalb konstruktiv an der Reform der Strukturfonds der europäischen Union mitwirken.

Wir haben in den vergangenen Jahren viele Brücken in den ersten Arbeitsmarkt gebaut:

Die ”START” Zeitarbeit, die ”sozialen Wirtschaftsbetriebe”, die Erprobung der ”Job-Rotation”, die Initiativen ”Moderne Arbeitszeiten”, ”Frau und Beruf” und nicht zuletzt die Initiative ”Jugend in Arbeit”. Auf die Märkte von morgen zu setzen, das heißt vor allem auch, auf Ausbildung und Arbeitsplätze für unsere Jugendlichen zu setzen.

Unsere Initiative ”Jugend in Arbeit” bietet allen jugendlichen Langzeitarbeitslosen, die arbeitsfähig und arbeitswillig sind, einen Arbeitsplatz in einem Betrieb.

Diese gemeinsam mit den Arbeitgebern, den Gewerkschaften, den Städten und Gemeinden und den Wohlfahrtsverbänden gestartete Aktion ist erfolgreich. Sie wird bis zum Ende der Legislaturperiode einen besonderen Akzent setzen im Kampf gegen eines der schrecklichsten Probleme überhaupt, das wir im Inneren haben, im Kampf gegen die hohe Jugendarbeitslosigkeit.

Mit ”Jugend in Arbeit” ist es uns – nach dem Vorbild des Ausbildungskonsens NRW – ein weiteres Mal gelungen, ein gesellschaftliches Problem gemeinsam, in public-private-partnership, anzupacken.

Es ist meine feste Überzeugung, daß es unsere wichtigste Aufgabe ist, allen ausbildungswilligen und -fähigen Jugendlichen eine Ausbildung auch zu ermöglichen. Das gilt selbstverständlich auch für die ausländischen Jugendlichen, die hier bei uns leben.

Eine gute Berufsausbildung für junge Menschen ist heute mehr als je zuvor das beste und wichtigste Rezept gegen Rückzug, gegen Resignation und gegen politische Radikalisierung.

Wir brauchen in Nordrhein-Westfalen in den kommenden Jahren zuallererst deutlich mehr betriebliche Ausbildungsplätze.

Und deshalb bitte ich die Spitzenverbände der Wirtschaft um ihre Unterstützung. Ich wende mich an jede Unternehmerin, an jeden Unternehmer: Bitte, stellen Sie einen oder, wenn es irgend geht, mehrere zusätzliche Ausbildungsplätze zur Verfügung! Das ist im Interesse Ihres Betriebes. Das ist im Interesse unserer jungen Generation, für die wir alle gemeinsam Verantwortung tragen.

VII.

Bildung, Wissenschaft und Forschung stehen auf der Agenda der Landesregierung ganz oben.

Die Entwicklung und Sicherung der Qualität von Bildung und Wissenschaft ist und bleibt die zentrale bildungspolitische Aufgabe dieser Legislaturperiode.

Internationale Vergleiche haben den deutschen Schulen in wichtigen Bereichen unbequeme Ergebnisse beschert.

Wo Kritik berechtigt ist, werden wir die Konsequenzen ziehen. Die wichtigsten Maßnahmen zur Qualitätssicherung und -verbesserung in unseren Schulen haben wir dem Landtag im März dieses Jahres vorgelegt.

Wir werden diese Maßnahmen im Interesse unserer Kinder und Jugendlichen rasch und ohne Einschränkung umsetzen.

Qualitätssicherung und Qualitätsverbesserung an unseren Schulen sind eine Daueraufgabe. Wir werden sie lösen. Gemeinsam mit den Lehrerinnen und Lehrern, mit den Schülerinnen und Schülern, mit den Eltern und mit den Schulverwaltungen.

Nur so schaffen wir das gesellschaftliche Umfeld, in dem Leistungswille zählt.

Bei Bildung und Erziehung werden wir noch intensiver auf die gründliche Vermittlung fachlicher Kenntnisse und methodischer Fertigkeiten setzen.

Bildung und Erziehung müssen grundlegende Lernkompetenzen, Schlüsselqualifikationen und Medienkompetenz vermitteln, müssen zu eigener Leistung anregen und Selbständigkeit fördern und fördern.

Ganz im Sinne der Denkschrift "Zukunft der Schule" müssen sie Offenheit, Neugier und Aufgeschlossenheit für das "lebensbegleitende Lernen" wecken, zu Weiterbildung oder Studium motivieren.

Sie müssen aber auch Werte vermitteln, Persönlichkeit bilden und demokratische Orientierungen geben.

Darauf legen wir besonderen Wert.

Benachteiligte und lernschwächere Kinder und Jugendliche haben genauso unsere Unterstützung wie hochbegabte Kinder und Jugendliche.

Alle Jugendlichen sollen die Chance haben, ihr Leben selbstbewußt in die Hand zu nehmen.

Dafür brauchen wir eine veränderte Arbeits- und Lernkultur und ein gestärktes Qualitäts- und Leistungsbewußtsein. Dafür brauchen unsere Schulen mehr Eigenverantwortung und Gestaltungsspielräume.

Was für die Schulen gilt, das gilt erst recht für unsere Hochschulen.

Die Studierenden, die Lehrenden und das Hochschulmanagement werden wir aus dem Korsett enger Regulierungen befreien. Wir werden ihnen mehr Autonomie geben und mehr Eigenverantwortung von ihnen fordern.

Mit einem einheitlichen Hochschulgesetz werden wir

- o die innere Organisation der Hochschulen verbessern und die Leitungsstrukturen effizienter machen,
- o die Qualität in Lehre und Forschung durch Evaluation, Leistungsanreize und Zielvereinbarungen steigern,
- o das Studium internationaler ausrichten,
- o kürzere, berufsqualifizierende Studiengänge und differenziertere Abschlüsse einführen und
- o den Wettbewerb und die Kooperation zwischen den Hochschulen voranbringen.

Wir sind bereit, neue Wege zu gehen.

Um die Wissensgesellschaft voranzubringen, müssen Wirtschaft und Wissenschaft noch stärker als bisher zusammenarbeiten. Die Wirtschaft braucht einen besseren Überblick über das, was die Wissenschaft weiß, und die Wissenschaft muß früh erfahren, was Wirtschaft und Gesellschaft brauchen.

Davon profitieren beide.

Ich habe deshalb die Wissenschaftsministerin und den Wirtschaftsminister gebeten, mir bis Ende September Vorschläge zu machen, wie die Kooperation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft verbessert werden kann.

Wir möchten auch, daß die Studierenden an den Hochschulen stärker auf den Weg in die Selbständigkeit vorbereitet werden.

Wir werden unsere Anstrengungen verstärken, um den Schulen, Hochschulen und den öffentlichen Bibliotheken bessere Möglichkeiten zu geben, neue Medien einzusetzen.

Das werden wir aus finanziellen Gründen nicht alleine schaffen. Ich wüßte dafür keinen anderen, keinen besseren Weg als eine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Unternehmen in unserem Land. Deshalb bitte ich auch zu dieser Frage alle Unternehmen, insbesondere die, die am Einsatz der neuen Medien interessiert sind, uns dabei zu unterstützen, unsere jungen Menschen optimal auf das Leben und Arbeiten in der Wissensgesellschaft vorzubereiten. Und ich habe Anlaß, für das bisher von den Unternehmen dazu Beigetragene zu danken.

Wir haben in Nordrhein-Westfalen eine Kulturlandschaft, die in Europa keinen Vergleich zu scheuen braucht.

Trotz finanziell schwieriger Zeiten wollen wir alles tun, um diese Kulturlandschaft zu erhalten und weiter zu entwickeln.

Wir wünschen uns einen intensiven öffentlichen Diskurs darüber, wie wir Nordrhein-Westfalen auch im kulturellen Bereich einen europäischen Spitzenplatz sichern und wie Kunst und Kultur unser Land voranbringen können.

Denn Kultur schafft Arbeitsplätze. Deshalb werden wir eine Diskussion darüber führen, wie wir Kulturpolitik, Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik noch stärker miteinander vernetzen können.

Wir haben jedenfalls ein überragendes Interesse daran, Künstlerinnen und Künstler für unser Land zu gewinnen und sie im Land zu halten, für unser Land zu erhalten. Unser Land soll auch künftig für kreative Köpfe attraktiv sein.

VIII.

Wir werden Innovationen in Mobilität, Kommunikation und Energie voranbringen, damit die Leistungsfähigkeit unserer Infrastruktur auch in Zukunft mit den wachsenden Anforderungen Schritt hält. Die Mobilität von Menschen, Gütern und Dienstleistungen zu sichern, das ist eine der wichtigsten Aufgaben der kommenden Jahre.

Dabei müssen wir jeden internationalen Vergleich erfolgreich bestehen.

Die Vernetzung aller Verkehrsmittel, derer zu Lande, zu Wasser und in der Luft, ist das Gebot von individueller und gesellschaftlicher Mobilität, ein Gebot von Ökonomie und von Ökologie. Dafür werden wir eine integrierte Verkehrsplanung entwickeln und die Stärken der einzelnen Verkehrsmittel voll zur Geltung bringen.

Unser Land hat sich in den vergangenen Jahren zu einer der stärksten Medien- und Kommunikationsregionen Europas entwickelt. Multimediale Netze sind das "zentrale Nervensystem" einer modernen Infrastruktur.

Wir werden die erfolgreiche Landesinitiative media NRW mit aller Kraft und mit neuen Schwerpunkten fortsetzen.

Wir sind die bedeutendste Energieregion Europas. In keiner anderen Region der Erde ist so viel wissenschaftlich-technisches Know-how rund um den Faktor Energie konzentriert wie in unserem Land. Das wollen wir auch in Zukunft so erhalten.

Vor wenigen Tagen haben wir den Grundstein für die Solarfabrik in Gelsenkirchen gelegt. Von dieser Investition geht ein Signal aus:

Das Signal nämlich, daß wir die industrie-, technologie- und energiepolitischen Chancen ergreifen, die die erneuerbaren Energien bieten, und daß wir auch auf diesem Zukunftsmarkt die Nummer Eins sind.

Deshalb setzen wir unsere Landesinitiative Zukunftsenergien und unser erfolgreiches REN-Programm zur Förderung und Verbreitung der rationellen Energienutzung mit Nachdruck fort.

Wir werden noch lange Zeit auf den Einsatz fossiler Energien angewiesen sein. Das gilt besonders für die heimische Steinkohle und genauso für die heimische Braunkohle.

Wir fordern Zuverlässigkeit und Berechenbarkeit aber auch von anderen.

Wir erwarten von der Bundesregierung, daß sie sich in Brüssel für eine Umsetzung der Vereinbarung zur Finanzierung der deutschen Steinkohle einsetzt.

IX.

Wir werden Innovationen voranbringen, die eine nachhaltige Entwicklung unseres Landes fördern und den Ressourcenverbrauch verringern.

Die Koalitionsvereinbarung stellt die Arbeit der Landesregierung unter das Leitmotiv "Arbeit und Umwelt". Dabei bleibt es.

Wir werden zukunfts- und wettbewerbsfähige Arbeitsplätze in einer umweltverträglichen Wirtschaft schaffen.

Wir wollen schneller vorankommen auf dem Weg zu einem vorsorgenden Umweltschutz.

Er rechnet sich betriebswirtschaftlich und volkswirtschaftlich.

Er ist ökologisch ohne Alternative.

Auch ökonomisch wird auf die Dauer nur erfolgreich sein, was ökologisch verträglich und verantwortbar ist.

Die Wirtschaft unseres Landes hat den Schritt zum produktionsintegrierten Umweltschutz bereits in vielen Fällen getan. Wir wollen auch der mittelständischen Wirtschaft verstärkt Anregungen geben. Dazu haben wir soeben die "Effizienzagentur NRW" gegründet.

Wir wollen auch in Nordrhein-Westfalen eine Initiative für die Agenda 21, für einen Umweltpakt Nordrhein-Westfalen in Gang setzen, der

- o konkrete Ziele zur Verbesserung der Umweltqualität festlegt,
- o dazu beiträgt, wettbewerbsfähige Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen, und der
- o die staatliche Umweltverwaltung leistungsfähiger und unbürokratischer macht.

Um diesen Umweltpakt auf den Weg zu bringen, werden Frau Kollegin Höhn und ich in Kürze Vertreter aus Wirtschaft, Politik, Gewerkschaften, Umwelt- und Verbraucherorganisationen und anderen gesellschaftlichen Gruppen einladen.

Wir streben freiwillige, aber verbindliche Vereinbarungen für alle Seiten an.

Wir werden die Chancen neuer Instrumente im Umweltrecht nutzen, um Verwaltungsverfahren zu vereinfachen. Wir werden die ökologische Situation verbessern und die Wirksamkeit öffentlichen Handelns auch in diesem Bereich steigern.

Die Landwirtschaftspolitik haben wir konsequent darauf ausgerichtet, Arbeitsplätze im ländlichen Raum zu sichern und die natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten.

Mit unserem Programm für die Regionalvermarktung fördern wir bäuerliche Betriebe und die mittelständische Ernährungswirtschaft. Wir verkürzen Transportwege und stellen so eine Verbindung zwischen Verbraucherschutz, Umwelt- und Tierschutz her.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Stärkung des ökologischen Landbaus. Er entspricht in besonderer Weise den Anforderungen einer nachhaltigen, umweltschonenden Wirtschaft.

X.

Innovation, Qualifikation, Nachhaltigkeit und eine erstklassige Infrastruktur – das sind die Fundamente, auf denen wir die Brücke in das 21. Jahrhundert bauen.

Nordrhein-Westfalen hat wie nur wenige andere Regionen in den vergangenen Jahrzehnten große Erfahrungen in der Bewältigung von strukturellem Wandel gesammelt. Dabei galt immer bei uns in unserem Land das Prinzip Gemeinsamkeit. Nur miteinander haben wir den Wandel erfolgreich gestaltet und nur miteinander werden wir den Wandel auch in Zukunft erfolgreich gestalten.

Zwei Millionen Ausländer leben unter uns in Nordrhein-Westfalen. Toleranz gegenüber Minderheiten und Integration von Fremden sind bei uns seit vielen Jahren gelebte Wirklichkeit. Unser Land war und ist Treffpunkt für viele aus Deutschland, aus Europa und aus Regionen weit darüber hinaus. Wir werden uns weiter darum bemühen, den Menschen, die auf Dauer hier leben, wirksame Integrationschancen zu geben. Dazu gehört ein modernes Staatsangehörigkeitsrecht, um das wir uns bemühen.

Wir sind eine der stärksten Regionen in Europa. Unsere ökonomischen, kulturellen und sozialen Verflechtungen mit unseren Nachbarländern werden ständig enger. Schon ein Blick auf die Landkarte lehrt, daß Brüssel und Amsterdam uns näher sind, jedenfalls geographisch, als manche deutsche Metropole. Wir sind die Brücke nach Europa.

Wir werden im nächsten Jahr mit der Internationalen Bauausstellung vor aller Welt zeigen, wie eine traditionelle Industrieregion den strukturellen Wandel erfolgreich bewältigt.

Wir wollen das neue Nordrhein-Westfalen auch auf der Expo 2000 präsentieren.

Und wir werden dann zeigen, wie eine der modernsten Industriegesellschaften Westeuropas den Übergang in die Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts meistert.

Bei diesem Prozeß der Umgestaltung unseres Landes werden wir uns an den Werten orientieren, die unser Land prägen. Diese Werte sind:

- o Gleichberechtigte Partnerschaft und Chancengleichheit.
- o Dazu gehören Weltoffenheit und Toleranz.
- o Dazu gehört die Fähigkeit, die vielfältigen Talente und Potentiale unseres Landes zusammenzubringen.
- o Und dazu gehört ein neues Selbstvertrauen, das aus diesen alten Stärken erwächst.

Die Bürgerinnen und Bürger werden in zwei Jahren unsere Arbeit, die Arbeit dieser Landesregierung, bewerten.

Ich blicke diesem Urteil der Bürgerinnen und Bürger mit großer Zuversicht entgegen.